

# Antrag

**Initiator\*innen:** Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

**Titel:** **Antifaschismus und Antirassismus auch aus dem Ministerbüro - Frau Prien, denken Sie an Ihre Schüler\*innen!**

---

## Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich nicht an  
3 ausländischerfeindlichen Äußerungen und Handlungen der CDU in der  
4 Migrationspolitik zu beteiligen und im Sinne einer Schule für alle  
5 Schüler\*innen, keine Menschen und damit auch Schüler\*innen mit  
6 Migrationshintergrund zu stigmatisieren.
  
- 7 2. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich innerhalb  
8 der CDU klar gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD zu  
9 positionieren. Eine demokratische Volkspartei wie die CDU mit  
10 Verantwortung in vielen Regierungen und Parlamenten und auch mit der  
11 Verantwortung für die Schüler\*innen in Schleswig-Holstein darf sich unter  
12 keinen Umständen aus parteitaktischen Überlegungen heraus einer  
13 rechtsextremen Partei hingeben. Die Absichten der AfD gefährden die  
14 Freiheiten und die Sicherheit vieler Schüler\*innen im Land, eine solche  
15 Partei darf durch eine Partei wie die CDU nicht unterstützt werden.
  
- 16 3. Deutschland und Schleswig-Holstein stehen neben einem immensen  
17 Fachkräftemangel auch einer massiven Erwerbsfähigkeitenlücke gegenüber.  
18 Das gefährdet den Wohlstand dieses Landes und damit der heutigen  
19 Schüler\*innen in der Zukunft und stellt auch die  
20 Sozialversicherungssysteme sowie das Rentensystem wesentlich in Frage.  
21

22 Schüler\*innen müssen über diese Umstände höchst besorgt sein. Besonders  
23 die Erwerbsfähigenlücke ist allein aus demographischen Gründen ohne  
24 Migration nicht zu schließen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und  
25 muss es auch sein, sein Wohlstand hängt davon ab. Die ausländerfeindliche  
26 Atmosphäre und die Stigmatisierung migrantisierter Menschen hier im Land  
27 gefährden weitere Arbeitsmigration, schreckt hier lebende Arbeitskräfte ab  
28 und riskiert damit, sämtliche Bemühungen zur Schließung der  
29 Erwerbsfähigenlücke zu torpedieren. Wir fordern deshalb die  
30 Politiker\*innen aller Parteien, besonders aber die schwarz-grüne  
31 Landesregierung und die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,  
32 Wissenschaft, Forschung und Kultur auf, sich für eine aktive  
33 Willkommenskultur im Land und gegen rassistische Hetze und Stigmatisierung  
 einzusetzen, damit die Schüler\*innen von heute morgen eine Zukunft haben!

## **Begründung**

erfolgt mündlich